WP-6-123 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Antragsteller*in: Jacqueline Lori Fingerle (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu WP-6

Von Zeile 122 bis 134:
Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das ~~Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Gewalt und Hass sind inakzeptabel und sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt, schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.~~Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gerichtliche wie polizeiliche Einschränkungen und Verbote von Versammlungen müssen immer auf ihre Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden. Ebenso dürfen polizeiliche Maßnahmen wie gewaltsames Zurückdrängen von Demonstrierenden oder Schmerzgriffe nur als allerletzte Mittel eingesetzt werden. Betroffenen von polizeilichem Fehlverhalten wollen wir Gehör verschaffen und treiben eine Verfolgung solcher Fälle aktiv voran, auch und gerade um das öffentliche Ansehen der Berliner Polizei zu fördern. Während der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Wir stehen zum Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz. Gleichzeitig sehen wir aber, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zunehmend für Hass und Hetze, insbesondere im Kontext des Nahostkonflikts, missbraucht wird. Demonstrierende, die terrorverherrlichende, islamistische, oder sonstige menschenfeindliche Parolen rufen oder auf anderem Wege verbreiten, müssen konsequent dem Demonstrationsgeschehen entzogen und strafrechtlich belangt werden. Zusammen mit der Berliner Polizei möchten wir an einer Strategie zum Umgang mit israelfeindlichen Demonstrationen arbeiten; einerseits um jüdisches Leben in Berlin und weltweit zu schützen, andererseits um friedliche und solidarische Demonstrationen für palästinensisches Leben zu stärken.

Begründung

Ein großer Teil der angemeldeten Demonstrationen dreht sich seit dem 07. Oktober 2023 um den Nahostkonflikt. Mitnichten kann man all diese Demonstrationen als friedlich bezeichnen. Daher dürfen wir diese Entwicklung nicht ignorieren und müssen sie klar benennen, wenn wir es ernst mit der Versammlungsfreiheit meinen.

Unterstützer*innen

Dario Planert (KV Berlin-Neukölln); Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow); Maja-Louise Schuleit (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg)